

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Markus Meckel MdB zu einer Aufgabe des Bundestages: Aufarbeitung der DDR-Geschichte.

Seite 1

Barbara Simons MdEP zur Entscheidung des EG-Entwicklungsministerrates: Sonderprogramm für Afrika halbherzig und unzureichend.

Seite 6

48. Jahrgang / 108

11. Juni 1993

Aufarbeitung der DDR-Geschichte Zu einer Aufgabe des Bundestages

Von Markus Meckel MdB
Sprecher der SPD-Bundeslagsfraktion in der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland"

Wir Deutschen haben zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert eine Diktatur aufzuarbeiten. Die Wichtigkeit dieser Aufgabe steht gerade deshalb vielen so deutlich vor Augen, weil sie sich der Probleme bewußt sind, die die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in beiden Teilen Deutschlands auf ihre je eigene Weise gehabt hat. Für die Geschichte der Bundesrepublik war das Sich-Verhalten zu dieser belasteten deutschen Geschichte und ihrer Folgen genauso konstitutiv wie auf der anderen Seite in der Deutschen Demokratischen Republik. In der alten Bundesrepublik hat der immer wieder neu entfachte öffentliche Streit darüber zu einer recht weitgehenden Aufarbeitung und zu wichtigen Folgen im gesellschaftlichen Bewußtsein geführt.

In der DDR wiederum wurde der Antifaschismus sehr schnell zu einer Legitimierungsideologie der Herrschaft der SED. Geschichte wurde dort nach festgefügtem ideologischen Schema zu einem Korsett, so daß die Menschen ihre eigene biographische Geschichte darin nicht wiederfanden, sie verdrängten und verschwiegen. Nur in den Kirchen, durch einzelne Intellektuelle und oppositionelle Gruppen wurde diese Verdrängung und Geschichtsklitterung durchbrochen, wurde diese belastete deutsche Vergangenheit durch die Auseinandersetzung mit ihr identitätsbildend.

1985 schrieben Martin Gutzeit und ich in einem Text zum Gedenken an den 40. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus mit dem Titel: "8. Mai 1945 - unsere Verantwortung für den Frieden":

"Wir glauben, wir werden unsere Gegenwart nicht verstehen und wesentliche Hindernisse bei der Bewältigung unserer heutigen Probleme nicht überwinden können, wenn wir diese Vergangenheit nicht in den Blick bekommen. Wir glauben, daß die Weise, wie wir mit unserer Vergangenheit umgehen - sie bewältigen oder verdrängen -, in einem inneren Zusammenhang damit steht, wie wir uns heutigen Probleme stellen. Der von uns so häufig erfahrenen Unfähigkeit, dem Frieden näher zu kommen, entspricht eine Unfähigkeit, die uns fremd erscheinende Vergangenheit zu übernehmen und aufzuarbeiten. Der sich daraus ergebenden Aufgabe wollen wir uns stellen."

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heusaallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Umwälzungs-Papier
mit 100% alter Faser
Recycling-Papier



Aufarbeitung der DDR-Geschichte hat den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als ständige Folia bei sich. Immer wieder, und manchmal unvorhergesehen, scheint dieser Zusammenhang neu auf.

Da findet sich auch bei solchen Gruppen, die bei den Funktionsträgern des NS-Regimes nicht gerade große Initiative zur Bestrafung aufbrachten, plötzlich großes Interesse an den Schuldigen in der DDR-Geschichte. Da gibt es Streit über die Gestaltung von Gedenkstätten, wo ehemalige Konzentrationslager auch nach 1945 wieder als Lager genutzt wurden. Da erhebt sich Protest, wenn von den zwei deutschen Diktaturen gesprochen wird, weil man glaubt, dies wäre eine Nivellierung der großen, auch qualitativen Unterschiede von Nationalsozialismus und Kommunismus, eine Nivellierung, welche wiederum bei einigen durchaus auch in der Absicht zu liegen scheint.

Die Aufgabe und Notwendigkeit, die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR aufzuarbeiten, teilen wir mit den östlichen Nachbarn Deutschlands, welche die damit verbundenen Probleme in ihrer wiederum auch sehr unterschiedlichen Situation und Geschichte sehr verschieden aufnehmen. Hier spielt - wie seit der Zeit der demokratischen DDR und heute in ganz Deutschland - die Frage nach dem Umgang mit der ehemaligen Nomenklatura und mit den Akten der Staatssicherheit eine große Rolle.

In Polen hat der erste nicht kommunistische Ministerpräsident Mazowiecki in seiner Antrittsrede im August 1990 vom dicken Schlußstrich unter die Vergangenheit geredet. Damit war beabsichtigt, den notwendigen Wechsel in den Verwaltungen nicht zuerst durch personelle Säuberung, sondern durch neue Berufungsverfahren und Wahlen sowie insbesondere durch die Veränderung der Strukturen zu vollziehen. Die Akten der politischen Polizei werden verschlossen gehalten, nur die Staatsanwaltschaft und Gerichte, der Präsident und Ministerpräsident haben nach sehr eingeschränkten Regeln Zugang. Illegale Verwendung von Akten wird mit fünf Jahren Gefängnis bestraft. Außer Verbrechen soll niemand zur Verantwortung gezogen werden, weil die Befürchtung groß ist, damit von den Tagesaufgaben abgelenkt zu werden.

Eine andere Angst ist, daß durch die politische Instrumentalisierung dieser Fragen, die schon vor der Präsidentschaftswahl 1990 von Walesa gegen Mazowiecki praktiziert wurde, eine Schwächung der neuen politischen Elite durch populistische Kräfte die Folge wäre, was einen schweren Schaden für den Reformprozeß bedeutete. Die Ereignisse und Diskussionen im Sommer 1992, in deren Gefolge die Regierung Olszewski abgetreten ist, scheinen solchen Argumentationen Recht zu geben.

In Ungarn ist trotz verschiedener, mehr propagandistischer Äußerungen und stets neuer Diskussionen in der Gesellschaft die Zurückhaltung der konservativen Regierung, zu gesetzlichen Regelungen die Vergangenheit und den Umgang mit den Akten betreffend zu kommen, recht groß. Die gesetzliche Klärung dieser Fragen kommt nur sehr schleppend voran.

Die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (CSFR) hat im Oktober 1991 ein sogenanntes Lustrations-(Durchleuchtungs-)gesetz beschlossen, nach dem Kadermitarbeiter der Staatssicherheit und ihre informellen Mitarbeiter und Vertrauensleute ebenso für fünf Jahre von Staatsfunktionen suspendiert sind wie alle Funktionäre der Kommunistischen Partei, von den Bezirksausschüssen an bis zur Spitze. Der Streit um dieses Gesetz war groß und es ist offen, wie die Tschechische und Slowakische Republik nun damit umgehen.

Ein Beitrag zum Zusammenwachsen der Deutschen

Im Vergleich zu diesen Ländern zeigt sich: Die ähnliche Situation der Vergangenheit wird in Deutschland unter ganz anderen Bedingungen aufgearbeitet. Durch die deutsche Vereinigung als Anschluß an die Bundesrepublik und ihre Rechtsordnung und die Regelungen des Einigungsvertra-

ges haben wir plötzlich einen völlig neuen Rechtsrahmen, während unsere Nachbarländer erst so nach und nach das bestehende Recht außer Kraft setzen beziehungsweise ändern müssen. Durch die Möglichkeit des Personaltransfers von West nach Ost ist man in Ostdeutschland nicht in dem Maße auf die alten Eliten und Fachleute angewiesen wie bei den östlichen Nachbarn. Wer in Deutschland auf dem Hintergrund der DDR-Vergangenheit politischen Handlungsbedarf sieht, muß - unabhängig von dem Lösungsvorschlag - oft erst verständlich machen, was der sachliche Zusammenhang ist, da die Mehrheit der Politiker, die ja aus dem Westen stammt, die historische Situation in der DDR kaum kennt.

Erst sehr langsam wächst auch im Westen ein breiteres Bewußtsein, daß durch die deutsche Vereinigung sich nicht nur für die Menschen im Osten fast alles geändert hat, sondern alle Deutschen betroffen sind. Es scheint erst einmal so, daß nur die Menschen im östlichen Teil ihre Geschichte aufarbeiten müßten. Dabei wird Aufarbeitung der Vergangenheit im öffentlichen Bewußtsein weitgehend reduziert auf die Frage nach der Mitarbeit bei der Staatssicherheit und die Prozesse mit Honecker und der ehemaligen Parteispitze.

Das Problem der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist jedoch viel umfassender - für alle Deutschen! Wir sind alle durch die vier Jahrzehnte deutscher Teilung tief geprägt, auch da, wo das Bewußtsein der Einheit lebendig geblieben ist. Diese Prägungen sind auch heute noch wirksam, selbst da, wo wir sie verdrängen. Sie gehören zu unserem Leben, das wir ja nicht wegwerfen wollen. Doch ist es wichtig, sie sich selbst und dem anderen bewußt zu machen, sie zu erklären, an ihnen zu arbeiten.

Nicht wenige im Westen blicken - wie ich denke, zu Recht - mit Stolz auf die demokratischen Prägungen der alten Bundesrepublik, mit einer - bei aller Kritik im Einzelnen - starken Identifizierung mit der gesellschaftlichen und staatlichen Grundordnung. Nicht selten verloren im Laufe der Jahre Menschen besonders der jüngeren und mittleren Generation die Deutschen im Osten aus dem Blick. Daß auch wir Ostdeutschen uns als Deutsche fühlen und vielleicht gar noch die gleichen Rechte beanspruchen könnten wie sie den Westdeutschen ermöglicht worden sind, geriet meist weit aus dem Bewußtsein. Entsprechend schwer war und ist für viele bis heute die Tatsache, mit denen im Osten nun wirklich zusammenzugehören und manche damit verbundenen Lasten mitzutragen, ohne gefragt worden zu sein. Dazu kommt die Fremdheit gegenüber den Prägungen, die durch die sehr anderen Erfahrungen in der DDR entstanden sind.

Aufarbeitung der Vergangenheit der DDR-Geschichte wird einen wichtigen Beitrag zu leisten haben zum gesellschaftlichen und menschlichen Zusammenwachsen der Deutschen.

Nach der Wende war in der DDR-Bevölkerung der Drang zur Einheit sehr groß, man wollte so schnell wie möglich so sein wie die im Westen. Erst später wurde bemerkt, daß das so einfach nicht geht. Zwei Jahre staatlicher deutscher Einheit haben bei vielen im Osten den Eindruck entstehen lassen, mit ihren Prägungen und Erfahrungen nicht wirklich anerkannt und gleichberechtigt zu sein. Das ist natürlich zum einen die Erfahrung mit den politischen Vorgaben und den Folgen der Art, wie die deutsche Vereinigung politisch gestaltet wurde. Zum anderen aber ist es auch eine Folge von vier Jahrzehnten unterschiedlicher Prägung in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Während es die einen Verhältnisse eben nicht mehr gibt - zum Glück, gewiß -, eine neue geistige Heimat aber für viele Menschen im Osten noch nicht wirklich gefunden wurde, glaubt man im Westen noch, in einfacher Kontinuität so weiterleben zu können, oft nicht bereit, die Umwälzungen in Deutschland und Europa als Herausforderung für die Notwendigkeit auch einer Veränderung anzunehmen.

Wir werden diese Vergangenheit nicht los und müssen ihr uns bewußt stellen, ohne sie zurechtzulügen. Das Entstehen hartnäckiger Mythen geht schnell und kann nur durch das vorurteilsfreie Sich-

Einlassen auf die Wirklichkeit überwunden werden. Erst so werden wir wieder neu fähig werden zu sagen, wer wir sind; wir gemeinsam, mit unseren unterschiedlichen Erfahrungen und unserer unterschiedlichen Geschichte.

Ein wirkliches Zusammenwachsen in Deutschland und das Sich-Anerkannntwissen der Ostdeutschen in diesem geeinten Deutschland wird nur möglich sein, wenn diese vierzig Jahre DDR-Geschichte nicht verdrängt werden. Diese Geschichte in der DDR, nicht nur in ihren äußeren Abläufen sondern auch im Alltagsleben in all seinen differenzierten und sich ja auch verändernden Bedingungen, muß weithin erst kennengelernt und wahrgenommen werden. Natürlich zuerst von denen, die im Westen gelebt haben, doch in gewisser Weise auch von denen im Osten. Denn es gehörte zu den Wesensmerkmalen des Systems, daß es sich nicht durchschaubar machte, seine inneren Zusammenhänge und Entscheidungsmechanismen geheimhült und gesellschaftliche Öffentlichkeit nicht zuließ.

Fragen, die wir uns stellen

Mit dem Blick auf diese Geschichte stellen sich viele Fragen, die zu beantworten sein werden und deren Beantwortung für das Miteinanderleben in Deutschland und überhaupt für die Gestaltung von Demokratie angesichts ihrer Gefährdungen wichtig sein werden. Zum Beispiel:

- Wie konnte dieses System sich so lange halten? Welche systematischen Strukturen, welche Repressions-, Legitimations- und Integrationsmechanismen und welche Verhaltensweisen von Menschen haben das möglich gemacht? Von Menschen, die ja nicht schlechter sind als die im Westen.
- Wie und nach welchen Maßstäben sind bestimmte Verhaltensweisen zu bewerten? Wie war der gesellschaftliche und geistige Zusammenhang, der das Handeln mitbestimmte, wie groß der persönliche Spielraum in den verschiedenen Situationen? Wie kamen Entscheidungen zustande und wer hatte eigentlich wem etwas zu sagen? Wer ist verantwortlich?
- Wie ist mit den Verantwortlichen von gestern umzugehen und wie kann das so differenziert geschehen, daß es den unterschiedlichen Bedingungen gerecht wird? Wie ist es möglich, Menschen, die in dieses System stärker integriert waren und verantwortliche Positionen hatten, in die demokratische Entwicklung so einzubeziehen, daß sie wirklich dafür gewonnen werden, und wo muß verhindert werden, daß Verantwortliche von gestern sich auch heute plötzlich in hohen Positionen wiederfinden und so für viele Menschen die Glaubwürdigkeit der politischen Institutionen in der Demokratie in Frage gestellt ist?
- Wie kann man denen gerecht werden, die durch das vergangene System - über das in der DDR Normale hinaus - persönlichen Schaden erlitten haben? Wie können Opfer nicht nur rehabilitiert und entschädigt, sondern heute auch gezielt gefördert werden, zum Beispiel in Fragen der beruflichen Bildung?

Neben solchen Fragen, die im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben von Bedeutung sind, stehen dann solche, die für das persönliche Aufarbeiten wichtig sind - und es gibt nicht wenige Menschen, die sie sich stellen, wann auch vielleicht noch mehr, die sie von sich weisen.

Es ist eben auch eine Frage an einen selbst: Wann und wie hast Du Dich verblenden lassen? Wie konnte es dazu kommen, daß Du vieles nicht gesehen hast? Warum hast Du geschwiegen und nichts getan?

Für die Reaktion auf diese und die Beantwortung solcher Fragen ist es wichtig, wie sie gestellt werden und wer sie stellt.

Aufarbeitung als gesellschaftlicher Prozeß

So unterschiedlich diese Fragen sind, so verschieden wird mit ihnen umzugehen sein. Aufarbeitung von Vergangenheit ist ein langer gesellschaftlicher Prozeß, der nicht nur ein Subjekt hat und auf den es kein Monopol gibt.

Sie geschieht auf vielfältige Weise. Kultur, Literatur, Theater und Film beginnen, sich mit dieser Vergangenheit und ihren Folgen auseinanderzusetzen. Wo Menschen aus West und Ost sich wirklich nahekommen, wird erzählt, von eigenen Erfahrungen und dem, was man weiß und gemeinsam nach Verstehen gesucht.

Die Geschichtsschreibung hat ein unermessliches Arbeitsfeld dazugewonnen mit einer Fülle neuen Quellenmaterials.

Im Bewußtsein sehr vieler Menschen sind die Gerichte besonders wichtig. Sie müssen versuchen, begangenes Unrecht auch strafrechtlich zu verfolgen. Doch zeigt sich, daß es nur in begrenztem Maße möglich sein wird, die individuelle Schuld des einzelnen für das begangene Unrecht zu beweisen. Eine weitere Schwierigkeit ist der für jede rechtsstaatliche Praxis einzuhaltende Grundsatz, daß nur verfolgbar ist, was zum Zeitpunkt der Handlung auch strafbar war. - Eine juristische Aufarbeitung wird zwar weiterhin intensiv zu betreiben sein, doch nicht das bringen, was viele sich von ihr erwarten.

Doch auch da, wo heute nicht mehr verurteilt werden kann, stellt sich die Frage nach neuer Rechtsetzung. Die Erfahrung des Nationalsozialismus hat nach 1945 eine weitreichende Rechtsentwicklung vorangetrieben, national wie international.

So stellt sich auch heute die Frage, was möglicherweise in der Folge der DDR-Erfahrung im Rahmen der Gesetzgebung getan werden muß, um sich sowohl vor einer Entwicklung zur Diktatur zu schützen als auch international Diktatoren und ihre Helfershelfer verfolgen zu können. Es darf doch nicht so bleiben, daß auch künftig Diktatoren nur zu Beginn ihrer Herrschaft alles innerstaatliche Recht außer Kraft setzen müssen, um dann, nach ihrem Sturz, nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden zu können!

Von Anbeginn war klar, daß auch das Parlament und die künftige Gesetzgebung für die Aufarbeitung der Vergangenheit wichtig sein werden. Rehabilitation, Entschädigung, gezielte Förderung von Opfern, die Regelung des Umgangs mit den verschiedenen Akten und vieles andere mehr sind genuine Aufgaben von Parlament und Regierung. Von ihnen muß auch entschieden werden, wem künftig eine Aufgabe im Öffentlichen Dienst aus Gründen früherer Funktionen in der DDR verwehrt werden soll. Die erste frei gewählte Volkskammer hat sich dieser Aufgabe mit intensivem Ernst gestellt, konnte jedoch in den wenigen Monaten nur einen geringen Teil in Gang bringen. Davon wurde wiederum nur einiges in den Einigungsvertrag aufgenommen. Die Aufgabe jedoch hat sie dem Deutschen Bundestag vererbt.

Dieser hat seine Aufgabe angenommen. Es wurde in den letzten zwei Jahren viel gerungen um die Ausgestaltung der notwendigen Gesetze. Dieser Prozeß ist nicht abgeschlossen. Im Stasi-Untertagegesetz hat der Deutsche Bundestag den Umgang mit den Stasiakten geregelt, er hat den Opfern die über sie gesammelten Akten zugänglich gemacht und die nicht personenbezogenen Akten der Forschung geöffnet. Eine solche Regelung ist nicht nur in Deutschland einmalig: Ein Volk kann anhand der Akten dieser Diktatur seine Geschichte aufarbeiten und deren interne Zusammenhänge erforschen!

In einem anderen Gesetz mit dem schrecklichen und falschen Namen "1. Unrechtsbereinigungsgesetz" wurden erste Regelungen zur Entschädigung für politische Haftstrafen und anderes justizielle Unrecht geschaffen. Vieles ist da noch ungenügend. Ein weiteres Gesetz, das das Verwaltungsunrecht betrifft, ist in Vorbereitung.

(-/11. Juni 1993/rs/ks)

Sonderprogramm für Afrika halbherzig und unzureichend
Zur Entscheidung des EG-Entwicklungsministerrates

Von Barbara Simone MdEP
Entwicklungspolitische Sprecherin der Gruppe der SPD-Europaabgeordneten

Die Entscheidung des Entwicklungsministerrats für das "Sonderprogramm zur Unterstützung der Rehabilitation in den Entwicklungsländern" 100 Millionen ECU zur Verfügung zu stellen, ist völlig unzureichend und weit hinter den Erwartungen zurückliegend.

Die Initiative der Kommission ist grundsätzlich zu begrüßen, da sie einer seit längerem erhobenen Forderung des Europäischen Parlaments entgegenkommt. Insbesondere die von Bürgerkrieg und Hungerkatastrophen heimgesuchten Länder Afrikas können ihren Wiederaufbau nicht bewerkstelligen, wenn nicht neben der kurzfristigen Katastrophenhilfe mittelfristige Rehabilitationsmaßnahmen eingeleitet werden. Die Initiative der EG-Kommission greift diese Notwendigkeit auf.

Die Mittel für das gesamte Programm sollten sich nach den Vorstellungen der Kommission auf insgesamt eine Milliarde ECU belaufen. Davon sind 60 Prozent aus Gemeinschaftsmitteln veranschlagt. Diese Mittel stellen aber in weiten Teilen nur eine Umwidmung von bereits festgelegten Geldern aus dem Europäischen Entwicklungsfonds dar.

Über die verbleibenden 40 Prozent, die aus Beiträgen der Mitgliedstaaten stammen, herrscht noch völlige Unklarheit. Weder ist der Verteilerschlüssel festgelegt, noch haben die Mitgliedstaaten prinzipielle Zustimmung signalisiert. Der Rat ist auf seiner Tagung seiner Verantwortung nicht gerecht geworden und hat sich über den Finanzierungsvorschlag nicht klar geäußert. Mit der unzureichenden Mittelausstattung und der unzulässigen Mittelumwidmung werden in der Öffentlichkeit und besonders bei den Empfängerländern falsche Erwartungen geweckt.

Die Kommission ist aufgefordert, ihren Vorschlag so zu überarbeiten, daß mit Recht von einem eigenen Programm gesprochen werden kann. An den Rat richtet ich die Erwartung, daß dieser angesichts der Notlage vieler afrikanischer Länder finanzielle Zusagen trifft, die der Schwere der Situation angemessen ist.

(-/11. Juni 1993/rs/ks)
